

Stadt	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Herr Norbert Axt
 Herr Werner Nakot
 Herr Manfred Flore
 Herr Hubert Cordes
 Herr Manuel Dröhne
 Herr Karl-Heinz Emmerich
 Frau Dorothee Radtke
 Herr Bülent Sahin
 Herr Maximilian Janetzki
 Herr Manuel Otto Prohl
 Herr Detlef Schneider
 Herr Frank Bandel
 Herr Holger Ingendoh
 Herr Denis Osmann
 Frau Georgis Schmidt
 Herr Hermann Wischermann
 Herr Dominik Sporkmann
 Frau Sandra Gödderz
 Frau Ingrid Diepenbrock
 Frau Hildegard Kirsten
 Herr Ulrich Lütte
 Frau Margret Schreiber-Eitschberger
 Herr Albert Karschti

Abwesende

Herr Helmut Brodrick
 Herr René Pascheberg
 Herr Dr. Jörg Schröer-Tebbe
 Herr Kai Wesely
 Herr Andreas Blanke
 Herr Lucas Sostaric

Stadt Oberhausen	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Verwaltung

Frau Beigeordnete Sabine Lauxen
Herr Beigeordneter Michael Jehn
Herr Markus Werntgen-Orman
Frau Andrea Stöhr
Herr Horst Ohletz
Herr Reinhard Kopka
Herr Maik Ballmann
Herr Adalbert Kropp

Dez. 5
Dez. 4
Bereich 2-2
Bereich 1-1
Bereich 2-4
Fachbereich 2-2-20
Fachbereich 2-2-30
Fachbereich 2-2-30

Gäste

Herr Frank Lamers
Herr Dirk Friebertshäuser
Herr Paul Willershausen

CDU-Fraktion

Stadt Oberhausen	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Stabilisierung der Böschungen einer Altablagerung an der Ruhrorter Straße in Lirich -
mündlicher Bericht

- 2 Beschluss der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/16/5245-01

- 3 Erlass der Abgabesatz-Satzung 2020 der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/16/5234-01

- 4 Prüfung einer Verlagerung des Bordellbezirks
Vorlage: B/16/5264-01

- 5 Einrichtung von 1,5 - auf 10 Jahre befristete - Planstellen zur Neuaufstellung des Land-
schaftsplans
Vorlage: B/16/5243-01

- 6 Sanierungskonzept im Rahmen des InnovationCity roll-outs in Alstaden
Vorlage: M/16/5244-01

- 7 Biodiversität stärken – landwirtschaftliche Flächen im Eigentum der Stadt Oberhausen
umweltgerecht bewirtschaften.
Sachstandsbericht zur Umsetzung
Vorlage: M/16/5265-01

- 8 Interfraktioneller Antrag im Rat gemäß § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:
„Reaktivierung der Eisenbahnstrecke“
Vorlage: A/16/5172-01

- 9 Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der
Stadt: „Sachstandsbericht über den Voll-Service der Müllentsorgung“
Vorlage: A/16/5295-01

Stadt	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Der Vorsitzende, Herr Norbert Axt, eröffnet die 36. Sitzung des Umweltausschusses um 15.00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter/innen der Verwaltung, die Medienvertreter/innen und die Gäste.

Herr Axt stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Anzahl der anwesenden Ratsmitglieder übersteigt die Anzahl der sachkundigen Bürger, weiterhin ist mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitglieder anwesend.

Die Einladungen zur Ausschusssitzung sind form- und fristgerecht zugegangen.

Da am 05. und 06.03.2020 eine Bereichsleiterklausurtagung mit dem Verwaltungsvorstand stattfindet, muss der Umweltausschusstermin auf den 26.02.2020 verschoben werden. Herr Axt fragt im Gremium an, ob der von der Stadtkanzlei vorgeschlagene Termin mit anderen Terminen kollidiert. Da dies nicht der Fall ist, findet die 38. Sitzung am Mittwoch, 26.02.2020 statt.

Frau Lauxen informiert den Ausschuss darüber, dass die Bezirksregierung und Straßen NRW den Vorschlägen der Stadt hinsichtlich der Ausschilderung der Umleitungen zugestimmt haben. An den Verkehrsknoten Mülheim-Styrum und Oberhausen-Zentrum werden Hinweisschilder aufgestellt. Diese werden derzeit produziert und dann von der WBO montiert. Die ausgeschilderten Umleitungsrouten führen nicht weiter ins Stadtgebiet hinein, sondern lenken die LKWs zurück zu den Autobahnen.

Herr Nakot erkundigt sich nach der neuen Stausituation in Richtung Sterkrade. Herr Flore möchte wissen, wann im Hinblick auf das laufende Klageverfahren mit neuen Messergebnissen zu rechnen ist, und Herr Karschti fragt an, wann die Umleitungssituation auch in den Navigationsgeräten für die LKWs eingearbeitet wird.

Frau Lauxen antwortet, dass es keine größeren Staus gibt, die Unfallzahl erfreulicherweise deutlich gesunken ist; längere Rückstaus auf der A40 von Osterfeld Richtung A516 gibt es jetzt nicht mehr. Derzeit wird mit der Bezirksregierung eine durchgehende 50 km/h-Begrenzung von der Duisburger Str. / Essener Str. bis zur A 516 erörtert. Weiterhin werden neue Messergebnisse, sofern sie vorliegen, sofort ans Gericht weitergeleitet. Der Kontakt zu den Navigationsbetreibern läuft über Straßen NRW.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Stabilisierung der Böschungen einer Altablagerung an der Ruhrorter Straße in Lirich - mündlicher Bericht

Frau Lauxen teilt vorab mit, dass bereits in 2017 ein Bericht zur Grundwassersanierung im Umweltausschuss vorgestellt wurde. Nunmehr ist eine Sanierung der Böschung erforderlich geworden.

Herr Dr. Friebertshäuser informiert über den Sanierungsplan und die einzelnen Verfahrensschritte der Fa. LANDPLUS per PowerPoint-Präsentation.

Herr Flore möchte wissen, warum die Böschung seitens der Verwaltung nicht laufend überprüft worden ist, und wie viele Bäume entfernt werden müssen. Er weist darauf hin, dass die Anwoh-

Stadt	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

ner „mitgenommen“ werden müssen und fordert eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Lauxen weist darauf hin, dass am heutigen Abend eine Info-Veranstaltung für den Kleingartenverein, die Hauseigentümer und Bewohnerschaft stattfinden wird.

Herr Karschti fragt an, warum eine Bebauung so nah an der Gefahrenzone erfolgt ist, und ob Ausgleichsmaßnahmen geplant sind, da die Anwohner eine lange Zeit ohne Bäume sein werden.

Herr Bandel bewertet die Maßnahme positiv, da ein größerer Nutzen und eine höhere Wertigkeit durch die Sanierung erzielt werden wird. Ihn interessiert, wohin das belastete Niederschlagswasser am Böschungsfuß fließen wird.

Herr Flore fragt nach, warum seitens der Verwaltung nichts eher unternommen wurde, und was für die entnommenen Bäume neu gepflanzt wird.

Herr Dr. Friebertshäuser erklärt, dass man wegen der Bepflanzung und der Ausgleichsmaßnahmen im engen Dialog mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem Forstamt stehe, und dass alle Bäume entfernt werden müssen. Das Ziel sei allerdings möglichst viel ökologisch wertvollen Wald neu zu schaffen. Es werden 80 % der Fläche mit Bäumen bepflanzt, lediglich in Hanglage sind Sträucher vorgesehen. Er teilt weiterhin mit, dass es keinen erkennbaren Abfluss von Oberflächenwasser geben wird. Für Starkregenereignisse werden dennoch künstliche Rinnen angelegt. Es gibt derzeit keine Prognose, ob sich die durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen positiv auf das Grundwasser auswirken werden. Anfang 2020 soll mit den Arbeiten an der Seite zur Kleingartenanlage begonnen werden, die Anwohner werden rechtzeitig informiert. Herr Werntgen-Orman teilt mit, dass die Stadtverwaltung lediglich wegen des Grundwassers über die Untere Wasserbehörde involviert war; weiteren Einfluss hat die Stadtverwaltung nicht, da es sich um ein Privatgelände handelt. Es gab in der Vergangenheit keinen Anlass in irgendeiner Form tätig zu werden. Es habe zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Allgemeinheit bestanden. Die Fa. Rüttgers/Rain Carbon sei direkt nach den neuen Erkenntnissen zur Standsicherheit an die Verwaltung herangetreten.

Herr Dr. Friebertshäuser ergänzt, dass erst nach Gesprächen mit Kleingartenvereinsmitgliedern die Notwendigkeit eines Standsicherheitsgutachtens wegen einzelner kleiner Erdrutsche gesehen wurde, welches sofort in Auftrag gegeben worden war.

Frau Lauxen sichert auf Nachfrage von Frau Kirsten zu, dass der Bericht den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Herr Karschti bemängelt, dass die Verwaltung über das Bauordnungsrecht aus seiner Sicht nicht auf den Abstand zur Ablagerung geachtet habe.

Der Bericht wurde durch den Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

2. Beschluss der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen

Vorlage: B/16/5245-01

Frau Lauxen erläutert, dass die Vorlage in die Beratungsfolge gebracht werden musste und daher nur kurzfristig zur Verfügung gestellt werden konnte. Die wesentlichen Änderungen beziehen sich auf den Antrag zum Verbot von Einwegbesteck und -geschirr, das Rückwärtsfahren der WBO-LKWs und die Laubsammlung.

Herr Lütte möchte wissen, was die Schlämme aus der Behandlung von kommunalen Abfällen sind. Herr Werntgen-Orman wird dies klären und vor der nächsten Beratung allen Fraktionen und Gruppen zukommen lassen. Herr Flore fragt nach, wer Genehmigungsbehörde ist. Herr Werntgen-Orman führt aus, dass für die Genehmigung der GMVA inkl. deren Annahmekatalog für Abfälle die Bezirksregierung Düsseldorf zuständig ist.

Stadt Oberhausen	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Der Umweltausschuss hat die Vorlage B/16/5245-01 ohne Votum vorberaten.

3. Erlass der Abgabesatz-Satzung 2020 der Stadt Oberhausen Vorlage: B/16/5234-01

Nach Herrn Bandel habe sich durch die neue Abgabesatz-Satzung lediglich eine moderate Erhöhung der Gebühren ergeben. Es wird zugestimmt, da die Gebühren nahezu stabil geblieben sind. Er merkt an, dass zukünftig auf E-Mails umgestiegen werden solle, um Druck- und Portokosten zu sparen.

Herr Karschti erbittet aktuellere Informationen, da die Zahlen veraltet seien. Er bemängelt fehlende Kostentransparenz und -wahrheit. Weiterhin will er die Bürger an den Gewinnen der GM-VA beteiligen und wird die Vorlage ablehnen.

Frau Schreiber-Eitschberger erbittet für die Zukunft eine dezidiertere Darstellung des Zahlenwerks und nachvollziehbarere Zahlen.

Laut Herrn Flore ist die Gebührenfindung sehr kompliziert. Für ihn ist allerdings entscheidend, was der Bürger zu zahlen hat. Da die Erhöhung unterhalb der Preissteigerungsrate liege, kann der Vorlage zugestimmt werden. Seiner Meinung nach könnte den Bürgern eine weitere Preissteigerung zugemutet werden, sofern die Leistung verbessert wird.

Auch Frau Gödderz kann für ihre Fraktion zustimmen, da die Erhöhung moderat ausgefallen ist. Herr Bandel wirft in Richtung Herr Karschti ein, dass die Höhe der Gebühren überprüft und genehmigt wurde. Die Fa. Remondis kann als privater Anteilseigner zwar Gewinne erzielen, die aber nicht an die Bürger weitergegeben werden können.

Herr Lütte möchte wissen, warum die Eigenvermarktung von Elektrogeräten ausgesetzt wurde.

Herr Werntgen-Orman entgegnet, dass derzeit keine Gewinne mit der Vermarktung von Elektrogeräten zu erwarten sind, da der Markt wirtschaftlichen Schwankungen unterliegt.

Frau Stöhr erläutert einige Positionen aus der Absatzsatzung auf Nachfragen aus dem Gremium.

Für Herrn Karschti macht eine Fortsetzung der Vermarktung von Elektrogeräten aus ökologischer Sicht trotz der Verluste dennoch Sinn.

Herr Werntgen-Orman teilt daraufhin mit, dass die Stadtverwaltung lediglich eine Verwertungsoption wahrgenommen habe, und die Gewinne bisher den Gebührenzahlern zugeflossen sind. Bei den zu erwartenden Verlusten würden keine ökologische Verschlechterung eintreten, jedoch eine Gebührenverschlechterung.

Der Umweltausschuss hat die Vorlage B/16/5234-01 mehrheitlich zustimmend, bei einer Gegenstimme (Offen für Bürger), vorberaten.

4. Prüfung einer Verlagerung des Bordellbezirks Vorlage: B/16/5264-01

Herr Flore führt aus, dass die Verlagerung eines Bordellbezirks nur schlecht ausführbar ist. Er wird kein Votum abgeben, bittet jedoch den Sozialausschuss mit in die Beratungsfolge aufzunehmen. Er fragt nach, warum man sich fünf Jahre Zeit gelassen habe und wie in Oberhausen ein so großer Bordellbezirk entstehen konnte. Vergleichbare Kommunen und größere Kommunen haben deutlich kleinere Bordellbezirke. Auf Grund der gesetzlichen Grundlagen ist Prostitution zwar nicht verboten, aber staatlich nicht gewünscht. Die Polizei ist auf jeden Fall mit einzu-

Stadt	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

binden. Warum wird das Gewerbe dann in Oberhausen nicht verkleinert oder gar beendet? Der einzige Grund warum etwas in der Angelegenheit etwas getan werden müsse, ist der Bürger bzw. der Stadtteil, in dem das Gewerbe ausgeübt wird, obwohl eigentlich 14 Millionen Euro für eine verschuldete Stadt nicht tragbar sind.

Herr Bandel entgegnet, dass die Vorlage das Produkt der Überlegungen der letzten fünf Jahre ist. In einer Verlagerung sieht er eine „Win-Win-Situation“ für alle Seiten, da u. a. Planungssicherheit gegeben ist. Die Vorlage stellt lediglich ein Standort-Angebot dar, es soll keine Verlagerung beschlossen werden.

Herr Karschti bezeichnet die Vorlage als unreif, da sie die Entwicklung der Lage nicht berücksichtige. Er möchte einen Schnellschuss vermeiden und ordentliche Debatten führen.

Um auch städtebauliche Grundüberlegungen zu berücksichtigen, möchte er den Gestaltungsbeirat beteiligt wissen. Er fragt an, ob auf dem angebotenen Standort Bodenuntersuchungen vorgenommen wurden.

Frau Kirsten sieht für ihre Fraktion noch Beratungsbedarf.

Frau Schreiber-Eitschberger begrüßt die Umzugsbereitschaft der Betreiber, sieht aber eine Verlagerung auf Grund der finanziellen Situation als nicht stemmbar an.

Herr Sahin wirft ein, dass in der Bundesrepublik derzeit überall Laufhäuser geschlossen werden, Oberhausen aber 14 Mio. Euro investieren will.

Laut Herrn Janetzki würden mit einer Verlagerung in ein anderes Umfeld nur neue Probleme entstehen. Er befürwortet mehr soziales Engagement, z. B. durch Stärkung von Aussteiger-Szenarien.

Herr Bandel möchte mit der Vorlage keine moralische Diskussion anstoßen, sondern anfragen, ob weiter an einer Verlagerung gearbeitet werden soll.

Herr Lütte sieht in der Vorlage ebenfalls eine Aufgabe für die Stadtverwaltung weitere Standorte zu prüfen.

Auch für Herrn Axt ist eine Verlagerung nicht vorstellbar, schon gar nicht für diesen Preis.

Herr Jehn sieht in der Vorlage einen Prüfauftrag für die Suche nach geeigneten Standorten an die Verwaltung. Der Sozialausschuss wird über eine Nachtragstagesordnung in der Beratungsfolge beteiligt. Er teilt weiterhin mit, dass die Polizei im Verfahren mit eingebunden ist. Derzeit werden 16 Häuser von fünf verschiedenen Betreibern betrieben. Die genaue Zahl der angemeldeten Frauen wird nachgereicht. Mit einem neuen Standort soll den Frauen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und eine Umfeldverbesserung erzielt werden. Die Fachverwaltung hat bereits Gespräche mit der Deutschen Bahn als Grundstückseigentümer aufgenommen, eigene Bodenuntersuchungen wurden noch nicht durchgeführt. Für die Genehmigung zum Betreiben der Häuser sind neue Regularien anzuwenden, derzeit besteht noch eine fiktive Erlaubnis bis fehlende Unterlagen nachgereicht wurden.

Herr Emmerich äußert, dass aus Steuergeldern keine Abstandszahlungen - an wen auch immer - gezahlt werden dürfen.

Herr Flore fragt an, ob bereits Schließungen von Betrieben vorgekommen sind, weil Unterlagen nicht eingereicht wurden. Er weist nochmal darauf hin, dass bei der Größe Oberhausens der Bordellbetrieb zu groß ist.

Herr Jehn will eine Verkleinerung des Betriebes prüfen lassen.

Herr Ohletz führt aus, dass nach derzeitiger gesetzlicher Regelung ein Betreib erlaubt ist, bis die Genehmigung erteilt ist. Zwischenzeitlich greift das Instrument der fiktiven Erlaubnis. Sofern alle Unterlagen eingereicht und alle Anforderungen erfüllt sind, ist seitens der Verwaltung eine Genehmigung zu erteilen, es gibt kein Ermessen. Über ein Klageverfahren gegen eine Ablehnung aus eigener Ermessen einer Verwaltung ist nichts bekannt. Bislang ist es in Oberhausen zu keiner Ablehnung gekommen.

Herr Karschti sieht in einer Verlagerung die Gefahr, dass sich das neue Gebiet ausweitete.

Stadt	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Jehn entgegnet, dass über die Aufstellung eines Bebauungsplans nachgedacht wird, der die Grenzen eines Gebietes festsetzt.

Der Umweltausschuss hat die Vorlage B/16/5264-01 ohne Votum vorberaten.

5. Einrichtung von 1,5 - auf 10 Jahre befristete - Planstellen zur Neuaufstellung des Landschaftsplans
Vorlage: B/16/5243-01

Herr Karschti merkt an, dass vor kurzem Haushaltsdebatten auch über Planstellen geführt worden sind und ist verwundert, wieso jetzt 1,5 Stellen erforderlich geworden sind.

Herr Flore sieht für seine Fraktion noch Beratungsbedarf.

Herr Axt weist darauf hin, dass der alte Landschaftsplan aus dem Jahr 1996 datiert und dringend überarbeitungsbedürftig geworden ist.

Frau Lauxen teilt mit, dass die Personalkosten bereits im Haushaltsmittelansatz für 2020 eingestellt wurden.

Der Umweltausschuss hat die Vorlage B/16/5243-01 ohne Votum vorberaten.

6. Sanierungskonzept im Rahmen des InnovationCity roll-outs in Alstaden
Vorlage: M/16/5244-01

Herr Flore fragt an, warum Alstaden als „laufendes Geschäft der Verwaltung“ ausgesucht und keine Beschlussvorlage erstellt wurde.

Herr Werntgen-Orman erörtert, dass die Entscheidung innerhalb der Verwaltung anhand des Wärmeatlases zustande gekommen ist. Aus rein fachlicher Sicht führte der hohe Anteil von Kohle- und Ölheizungen in Alstaden zu dem Entschluss.

Herr Emmerich merkt an, dass ein Prüfauftrag des Rates zur Ausweitung von InnovationCity ergangen war, und es dann sinnvoll erscheint den Rat dann auch über das Quartier entscheiden zu lassen.

Herr Werntgen-Orman sichert eine Beschlussvorlage mit den Entscheidungsgründen bis zur nächsten Ratssitzung zu.

Die Vorlage M/16/5244-01 wird durch den Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

7. Biodiversität stärken – landwirtschaftliche Flächen im Eigentum der Stadt Oberhausen umweltgerecht bewirtschaften.
Sachstandsbericht zur Umsetzung
Vorlage: M/16/5265-01

Die Vorlage M/16/5265-01 wird durch den Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

Stadt Oberhausen	27.11.2019 15:00 Uhr	Umweltausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Umweltausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

8. **Interfraktioneller Antrag im Rat gemäß § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Reaktivierung der Eisenbahnstrecke“**
Vorlage: A/16/5172-01

Die Vorlage A/16/5172-01 wird durch den Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

9. **Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Sachstandsbericht über den Voll-Service der Müllentsorgung“**
Vorlage: A/16/5295-01

Herr Flore möchte die Erkenntnisse aus der Bürgerbefragung wissen, da es einen Vollservice nicht ohne Mehrkosten geben wird.

Herr Werntgen-Orman teilt mit, dass die Auswertung der durch den Bereich Statistik durchgeführten Befragung seit Mitte des Jahres vorliegt.

Es wurden ca. 1600 Bürger*innen zwischen 18 und 75 Jahren befragt, ob sie bereit seien für einen Vollservice 80 - 100 € p. a. auszugeben. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass 87 % der Befragten die Mehrkosten ablehnen und somit derzeit ein Bedarf für eine Zusatzleistung nicht gegeben ist. Das Umfrageergebnis wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Flore fragt an, ob über die Etikettierung der entsprechenden Abfallgefäße an die entsprechenden Bürger*innen herantreten wird, die die Abfallgefäße einfach auf den Gehwegen stehen lassen, und ob überhaupt ordnungsbehördlich gegen diese vorgegangen werden kann.

Herr Werntgen-Orman erwidert, dass ein Ordnungswidrigkeitstatbestand besteht, aber derzeit ein zielgerichtetes Vorgehen im Alltagsgeschäft von KOD und WBO gegen diese Bürger nicht umsetzbar ist. Die Verwaltung ist aber in der Prüfphase zur Einstellung von Abfalldetektiven über das Teilhabechancengesetz.

Die Vorlage A/16/5295-01 wird durch den Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

Norbert Ort

Vorsitzender

Schriftführer